

Nassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei sämtlichen Postanstalten
vierteljährlich Mk. 1.20. Bei freier Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redakteur: Guido Seidler in Biebrich.

Nassauisches Tagblatt.

Nassauische Zeitung. — Nassauischer Generalanzeiger. — Nassauische Neuzeit Nachrichten.

Anzeigenpreis: f. d. 6gepalt. Colonellzeile
od. deren Raum 15 Pfg. Realanzeile 50 Pfg.
Redaktion und Expedition:
Biebrich a. Rh., Rathhausstraße Nr. 16.
Telephon Nr. 41.
Rotations-Druck und Verlag der
Hofbuchdruckerei Guido Seidler, Biebrich.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Ämtliches Verkündigungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biebrich und Hochheim und die Landgemeinden Raringen, Bierstadt, Breckenheim, Delkenheim, Driedenbergen, Dogheim, Eddersheim, Erbenheim, Sörsheim, Straußenstein, Georgensborn, Hefloch, Jolstadt, Kloppenheim, Massenheim, Nibbenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wicker, Wildschaffen.

Nr. 136.

Donnerstag, den 14. November 1918

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 10776.

18. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Anordnung

über die Beendigung des Ausdrucks der Ernte 1918.
Im Anschluss an § 6 meiner Verordnung vom 5. Juli 1918, vergl. „Nassauischer Anzeiger“ Nr. 81, bestimme ich:
Der Hand- und Maschinenausdruck aller Körner- und Hülsenfrüchte muß bis zum 25. November ds. Js. beendet sein.
Die Druckergebnisse sind, soweit sie nicht bereits durch einen Vertrauensmann aufgenommen, von den Unternehmern der landwirtschaftlichen Betriebe bis zum 1. Dez. ds. Js. spätestens zuverlässig hierher schriftlich anzugeben.
Nichtbeachtung dieser Anordnung wird nach § 80 der Reichsgeldstrafverordnung strafrechtlich verfolgt. Außerdem wird mit Entziehung der Selbstversorgung vorgegangen werden.
Wiesbaden, den 8. November 1918.
Namens des Kreisaußschusses:
Der Vorsitzende:
von Heimbürg.

Bekanntmachung

Futtermittel für Schweinemast.

Von dem Kriegsernährungsamt ist der Bezirksfleischstelle eine gewisse Menge Weizen- und Gerstenteile, sowie Tierkörpermehl für Schweinemast zur Verfügung gestellt worden. Diese Futtermittel gelangen gegen die schriftliche Verpflichtung, Schlachtschweine für Heer, Marine und Bevölkerung zu liefern, zur Abgabe.
Bezahlt wird 130 Mark je Zentner Lebendgewicht und ein Stückzuschlag von 35 Mark für Schweine, welche vor dem 31. März 1909 zur Ablieferung kommen. Es sollen für jedes zu liefernde Schwein vier Zentner Mehl und eine entsprechende Menge Tierkörpermehl überwiesen werden. Der Preis ist angemessen.
Schweinehalter, die geneigt sind, sich an der Rüstung von Schweinen unter Gegenlieferung von Futtermitteln zu beteiligen, werden aufgefordert, sich hierüber mit dem Kreisaußschuß, Vestingstraße 16, Zimmer Nr. 51, in Verbindung zu setzen.
Die Magistrats- und Gemeindevorstände ersuche ich, Vorstehendes zur Kenntnis der Schweinehalter zu bringen und etwaige Entwürfe hierüber zu übermitteln. Antragsformulare werden zugefandt.
Ich verweise noch auf die Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes vom 10. Oktober 1918, bekanntgegeben in der Nr. 131 des Kreisblattes, vom 2. November 1918.
Wiesbaden, den 2. November 1918.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses:
von Heimbürg.

3. Nr. II. Bl. 650/1.

Nichtamtlicher Teil.

Die Umwälzung im Reiche.

Der letzte Tagesbericht.

Einführung der Feindbelästigungen.

Wb Ämtlich. Großes Hauptquartier, 11. November.
Bei der Abwehr amerikanischer Angriffe östlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreiche Gegenstöße das Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 207 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Hennig und Truppen der 192. Infanterie-Brigade unter Führung des Oberstleutnants v. Jeschke, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 183, besonders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages wurden heute mittag an allen Fronten die Feindbelästigungen eingestellt.
Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

Verschiebung des Termins zur Räumung des linken Rheinufer.

Wb Aus Paris meldet Havas: Die deutschen Bevollmächtigten haben folgendes gemeldet: Der Termin für die Räumung des linken Rheinufer ist um vierundzwanzig Stunden verlängert worden.

An das Heimatheer!

Wb Berlin, 10. November. Der Waffenstillstand steht vor der Tür. Der Frieden wird ihm folgen. Der Augenblick naht, wo das Blutvergießen ein Ende hat. Auch in der Heimat wurde trotz der kriegsbedingten Umwälzungen das Blutvergießen bisher fast ganz vermieden. Die Männer der neuen Regierung erklären, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten werden sollen. Daran muß auch das Heimatheer und das Heimatvolk mit allen Kräften mitwirken. Nur dann kann die ordnungsmäßige Durchführung des Friedens und die Ernährung von Volk und Heer wieder gesichert werden. Der Bürgerkrieg muß vermieden werden. Alle militärischen Dienststellen haben ihre Dienstgeschäfte unverändert weiterzuführen. Die Bildung von Soldatenräten und Beteiligung dieser Soldatenräte an der Abwicklung des Dienstes ist bei allen Formationen durchzuführen. Ihre Hauptaufgabe ist, bei der Einrichtung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mitzuwirken und das enge Einvernehmen zwischen den Mannschaften und ihren Führern herzustellen. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder bei gemeinen Verbrechen oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.
Ebert, Reichskanzler, Scheuch, Kriegsminister, Götze, Mitglied des Reichstages.

Die neue Regierung.

Wb Berlin, 11. November. Die Staatssekretäre und Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet.
Die Reichsregierung: Ebert, Haase.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

Berlin. Die von dem linken Flügel der Unabhängigen in Beschlag genommene „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die während der letzten Tage als international erschienen ist, wird von heute ab wieder als Organ der gesamten Regierung erscheinen und soll wieder den Titel „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ führen.

Eine Erklärung der Eisenbahner.

Wb Berlin, 10. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Über 10 000 Eisenbahnarbeiter und -angestellte tagten heute im Zirkus Busch und an einer anderen Stelle und nahmen einstimmig folgende Resolution an: Die deutschen Eisenbahner erklären, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge zu tragen. Sollten sich gegenrevolutionäre Regungen zeigen, so wird der Verkehr sofort eingestellt werden.

Uebergreifen der Freiheitsbewegung auf den Osten.

Berlin, 11. November. Auch im Osten beginnt die Bewegung Wurzeln zu schlagen. Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Osterode, Königs- und andere Städte sind in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. In Königsberg wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Berlin zu schicken und namentlich bezüglich der Obergrenzen Sicherungen des Heeres zu erhalten. Oberbürgermeister Koebe ist abgelehnt. Batto hat sich zur Verfügung des Rates gestellt. In Allenstein macht sich ein Zurückfluten von Mannschaften nach anderen Garnisonen bemerkbar. In Posen hat der Arbeiter- und Soldatenrat Fühlung mit den Polen genommen. Abgehen von kleineren Ausschreitungen werden überall Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

Falsche Gerüchte.

Wb Berlin, 11. November. Die holländische Meldung, wonach aus Hindenburg in Holland angekommen sein soll, beruht auf Unwahrheit. Hindenburg befindet sich im Großen Hauptquartier und steht auf dem Boden der neuen Regierung. Auch das Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht befindet sich auf seinem Posten und ist nicht wie die Meldung der „Rouves“ behauptet, auf der Flucht.

Abg. Ulrich heftiger Staatsminister.

Darmstadt, 11. November. Das Staatsministerium sowie das Ministerium des Innern der neuen Regierung hat als einziger Minister der bisherigen Abgeordnete Ulrich übernommen. Ihm unterstellt sind als Ministerialdirektoren der bisherige Abgeordnete Reumann (Offenbach) für die Ernährung und Abgeordneter Raab für Sozialwirtschaft und das Landesarbeitsamt. Ueber die Finanzabteilung, Justizabteilung und Landwirtschaft schweben noch Verhandlungen.

Berlin, den 12. November 1918.

Der „Vorwärts“ schreibt in einem Beiratsartikel: Zu den erfreulichsten Ereignissen der letzten Tage gehört das immer stärker zutage tretende Verlangen der Soldaten, die sozialistische Einseitigkeit unter allen Umständen hochzuhalten. Die Soldaten haben Vertrauen zur neuen Regierung, weil sie auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit stehen. Sie haben ebenso starkes Misstrauen gegen Leben und Leben, das die Einseitigkeit zu gefährden scheint. Durch jahrelanges Draufsein dem parteipolitischen Leben im engeren Sinne entfremdet, sind sie doch klar in der Ueberzeugung, daß nur die Ordnung der Freiheit, nur die Ordnung der Demokratie die Lage retten kann. Sie sehen auch vollkommen ein, daß es das ganze deutsche Volk sein muß, das über die endgültige Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland das letzte entscheidende Wort ausspricht. Ihr praktischer Sinn sagt ihnen, daß es jetzt auf das Notwendigste ankommt, Frieden zu schließen, die Lebensmittellieferung zu sichern, die Demobilisation nicht zum Chaos ausarten zu lassen. Auf diesen Gebieten belassen aber keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialisten der verschiedenen Richtungen, sicher nicht solche grundsätzlicher Art.

Nach einem Privattelegramm der „Vossischen Zeitung“ aus Wien, hat Kaiser Karl gestern abend mit Familie in einem Automobil unter Bedeckung in unbekannter Richtung Schönbrunn verlassen. Man nimmt an, daß er sich nach der Schweiz begeben hat.

Wb Gera, 10. November. Fürst Heinrich XXVII von Reuß j. L. sprach für sich und sein Haus den Verzicht auf den Thron aus.

Berlin. Staatssekretär Graf Ködern hat gleichzeitig mit dem Reichskanzler Prinzen Max seinen Abschied eingebracht.

Wbna Berlin, 12. November. Die für Mittwoch, den 13. November angeländigte Reichstagsöffnung findet nicht statt.

Wbna Kassel, 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich heute als zentraler Arbeiter- und Soldatenrat des Korpsbezirks und Bezirks Kassel erklärt. Stadt, Oberpräsident, Regierungspräsident, Polizeipräsident und Landeshauptmann erklärten, daß sie sich der neuen Ordnung unterstellen und alles für die Herbeischaffung von Lebensmitteln tun werden. Die Beamten wurden angewiesen, auf ihren Posten zu bleiben. Der Regierungspräsident verpflichtete auf seine Erklärung sämtliche ihm unterstellten Räte. Sämtliche Befehle des Generalkommandos, in Zukunft Anordnungen genannt, erfolgen im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates. Es herrscht Ruhe und Ordnung.

Wbna Berlin, 11. November. Viktor Adler, der von der ganzen Internationale hochverehrte Begründer und Führer der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, ist heute in Wien an einem schweren Herzleiden im 67. Lebensjahre gestorben. Die Revolution brachte Adler an die Spitze des Staatssekretariats des Reiches. Sein Tod ist in diesem Augenblick, wo der Welt der Friede gegeben werden soll, ein unersehbarer Verlust, den außer der Sozialdemokratie die ganze nach Frieden lechzende Welt auf tiefste beklagen wird.

Die Demobilisation.

Berlin, 12. November. Zur möglichsten Abkürzung der wirtschaftlichen Wirkungen der Demobilisation, ist vom Reichswirtschaftsamt eine Art Arbeitsgemeinschaft zwischen den beteiligten Wirtschaftsgruppen und ihren Interessenvertretungen angebahnt worden. Unter Mitwirkung der Reichskanzlei sind die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und denen der Arbeitnehmer soweit gediehen, daß der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft schon in den nächsten Tagen erwartet werden kann.

Berlin, 12. November. Wie die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht, ist für die Leitung des neuen Staatssekretariats

der bisherige Leiter der Kriegsrohstoffabteilung Köth in Aussicht genommen.

Die Kohlenwirtschaft.

Wbna Berlin, 11. November. Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet, wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und Kohlenversorgung der Fabriken die Kohlenabteilungen und die Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen, nach den Gesichtspunkten der Friedenswirtschaft zu arbeiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Uebergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückkehrenden Heere abgewendet werden. Ebert, Haase.

Baden.

Karlsruhe, 10. November. Der Soldatenrat und der Wahlschlichtungsausschuß haben heute folgenden Aufruf an das badiische Volk erlassen: Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat, welche die Macht übernommen hat. Die Regierung wird aus einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgehenden Nationalversammlung gebildet und darüber entscheiden, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend ist. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft einen Bestandteil des Deutschen Reiches bilden.

In den Potsdamer Königschlössern.

Berlin, 12. November. Bei der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Potsdam ist das Neue Palais seinem Schutze unterstellt worden. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und andere Prinzessinnen mit ihren Kindern befinden sich dort in voller Sicherheit. Die Kaiserin hat einem Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bisherigen Schutz ausgesprochen und sich dem weiteren Schutz des Soldatenrates anvertraut. Die Gerüchte, wonach die Kronprinzessin von Jpplingen entbunden worden sei und die Kaiserin sich in Holland befinde, sind falsch. Der älteste Sohn des Kronprinzen soll von Fliegeroffizieren im Auto in Sicherheit gebracht worden sei.

Wilhelm II. in Holland.

Wbna Amsterdam, 11. November. Wie die Blätter berichten, ist der kaiserliche Hofzug um 9.45 Uhr vormittags in Raastricht angekommen. Der Bahnhof war vollkommen abgesperrt. Vor dem Bahnhof hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt. Auf dem Bahnhof befanden sich der Bürgermeister und andere amtliche Personen, sowie der deutsche Konsul. Unter dem Publikum, unter dem viele Belgier waren, kam es zu feindseligen Kundgebungen. Der Kaiser war von General v. Falkenhayn und anderen hohen Offizieren, Gefolge und Dienerschaft begleitet. Ein zweiter Zug mit weiterem Gefolge und den Hofautomobilen folgte etwas später. Der kaiserliche Hofzug kam um 3.15 Uhr nachmittags in Roorn an, wo der Kaiser von seinem Gaste, Herrn Grafen Gobard Albenburg Bentinck, erwartet wurde. Außerdem war der Generalmajor Onnen, der Kommissar der Königin der Provinz Utrecht und andere amtliche Personen anwesend. Von Roorn fuhr der Kaiser die Fahrt nach dem Bentinck'schen Schloß Huis te Amerongen im Automobil fort.

Nach dem hiesigen Pressbüro des Diaz sind die Bedingungen, unter denen sich der Kaiser in Roorn aufhalten wird, ungefähr dieselben wie für die Internierten. Obwohl die Bedingungen aus Höflichkeit für die Person des Kaisers nicht veröffentlicht wurden, könnte man tatsächlich von seiner Internierung in Holland sprechen.

Arbeitsentlassungen bei Krupp.

Essen, 12. November. Bei der Firma Krupp in Essen wurden bisher 10 000 auswärtige Arbeiter entlassen.

Die Aufgaben des Reichsarbeitsamtes.

Wb Berlin, 8. November. Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt empfing am 8. November Vertreter der Gewerkschaften und anderer Interessentenverbände auf deren Ersuchen. Er sprach sich über die Tätigkeit, die das Amt in nächster Zeit entfalten wird, aus und die dringlichen Fragen, die mit dem Kriege und der Uebergangswirtschaft zusammenhängen. Hierfür ist, sagte er, in erster Linie das Reichswirtschaftsamt zuständig. Bei der Erledigung von Arbeiterfragen ist das Reichsarbeitsamt interessiert. Es findet deshalb ein reges Zusammenarbeiten beider Ämter auf diesem Gebiete statt. Vor allem wird das Reichsarbeitsamt der Regelung des Arbeitsnachweises sein Interesse zuwenden. Vor allem soll eine geordnete Grundlage für die durch militärische Anordnungen errichteten Zentral-Auskunftstellen und eine allgemeine gemeinnützige Berufsberatung und Stellenvermittlung geschaffen werden. Die Erwerbslosenfürsorge während der Uebergangszeit soll durch eine bereits im Laufe der nächsten Woche zu erwartende Bundesratsverordnung geregelt werden, welche die Gemeinden zu einer ausreichenden Fürsorge verpflichtet. Als Kriegsmahnahme steht noch ein Erlass einer Bundesratsverordnung auf dem Gebiet der Krankenversicherung bevor, bei der es sich um die schließliche Herauslösung der Dienstbeschäftigten handelt. Andere Maßnahmen haben die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden und den Ausbau der Familienhilfe zum Gegenstand. In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist eine erweiterte Fürsorge und demgemäß eine Erhöhung der Beiträge nötig. Die Ausdehnung der Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden des Bekleidungs- und Schuhhandels wird vorbereitet. Auch in der Unfallversicherung sind Aufgaben und Erweiterungen in Aussicht genommen. Ein neuer Entwurf eines Arbeitskammergesetzes wird beschleunigt fertiggestellt werden; er baut sich auf breiter Grundlage auf und steht in seinem Rahmen besonders Arbeitskammern für Angestellte vor. Der Arbeiterbeschütz soll durch die Aufhebung des Rottefisches vom 4. August 1914 gefördert werden. Besonderes Interesse wird der Fürsorge für die Heimarbeiter zugewendet. In aller nächster Zeit wird dem Bundesrat eine Vorlage zur Errichtung von Fachauschüssen zugehen. Ferner sind Vorschläge im Gange, welche den Fachauschüssen des Heimarbeitergesetzes bestimmenden Einfluß auf die Vornahme gewähren. Die berechtigten Interessen der Kauf-

männlichen, technischen, Büro- und Bühnengestellten werden durch Neuregelung und Ausbau der einschlägigen Gesetzesvorschriften gewährt. Die Befreiung der Ausnahmestellungen gegen die Vordarstellung soll schrittweise herbeigeführt werden. Zur vollständigen Befreiung der dringenden Wohnungsfürsorge ist ein dem Reichsarbeitsamt unterstellter Reichswohnungsausschuss eingesetzt. Im übrigen wird die Wohnungsfrage im Einvernehmen mit anderen Stellen gefördert.

Das weitere Programm des Staatssekretärs umfasst eine Neuregelung des Wahlrechts und die Einsetzung und Ausgestaltung einzelstaatlicher Tarifverträge. Für alle diese Maßnahmen wird schon in nächster Zeit ein sozialpolitischer Beirat aus Vertretern der maßgebenden wirtschaftlichen Organisationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer berufen. Eine eingehende amtliche Veröffentlichung über dieses sozialpolitische Programm des Reichsarbeitsamts steht bevor.

Das Programm der Regierung.

Ab Berlin, 12. November. Ein Aufruf der Volksbeauftragten kündigt an: Die Regierung legt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verkündigt mit Geheiß:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts auch für Beamte und Staatsbedienstete, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefängnisstrafen sowie der Ausnahmestellung gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterkassabestrebungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsbeschäftigung, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungsbeiträge bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Angriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportional-System für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

An die Arbeiter- und Soldatenräte!

Ab Berlin, 12. November. In Berlin ist ein Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt) vom Reich der Volksbeauftragten und dem Arbeiter- und Soldatenrat errichtet worden. Seine erste Aufgabe ist, unteren aus dem Hause heimkehrenden Weibern auf dem Weg zur Heimat und zur früheren Arbeitshilfe helfend zur Seite zu stehen und den aus der Kriegswirtschaft freizusetzenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Arbeiter- und Soldatenräte! Heißt der Zentralrat! Ihre Arbeit ist für den Bestand unseres Volkslebens entscheidend. Halte! Euch an die von der Zentralstelle eingerichteten Demobilisationsorgane, die Demobilisationskommissionen in den Regierungsbezirken und die Demobilisationsausschüsse in den Städten und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst beibehalten bleiben. Neue Beschlagnahmen durch die Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ist eine Verwirrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten.

An der Landwirtschaft sind alle Weiber verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, in Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisationsorgane durch Hauswirtschaftler helfen. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen; die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert. Nur bei unarbeitsfähiger Arbeit der Demobilisationsorgane kann es geschehen, allen Heimkehrern und in der Kriegswirtschaft nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen. Verfügbare Arbeit aller aber ist Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die ordentliche Beschaffung von Arbeit stört, wer die ruhige Demobilisation hindert und wer die Verbindung zwischen der Front und der Heimat untergründet, verliert sich selbst auf schwerer am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisationsvorschriften.

Berlin, 12. November, Verlangerte Hedemannstraße 10.

Ubert, Haase, Roeth.

An die deutsche Landbevölkerung.

Abna Berlin, 12. November. Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteistellung zu gemeinsamer freiwilliger Leistung von Bauernarbeiten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die ländlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolute Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß Bereitwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen, als die beste bürokratische Organisation. Sie möchte die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstgeschaffene Organe, die Gemeindefürsorge dazu beitragen, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereit gestellt werden, so weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selber in der Hand, diese auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die ländliche Bevölkerung kann verhindern, daß die Reichsregierung sie nachdrücklich zucken wird vor allen wirtschaftlichen Eingriffen in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Front zurückkehrenden Soldaten massen regelmäßig versorgt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gänzlich bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Leistung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel vor Störungen von Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungehinderten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhang ist die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften liegt, um das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen.

Niemand wird Unbilliges von ihr verlangen, sie ist verantwortlich, wenn Transportverhältnisse oder andere Umstände Störungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen, aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgemeinschaft muß die Landbevölkerung jetzt ohne jeden Versuch die freiwillige Organisation von Bauernräten in die Hand nehmen. Erwerbslosentwerfungen haben die deutschen Organisationen der deutschen Landbevölkerung sich bereits mit einem solchen Vorstoß an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gemeldet und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Jetzt gilt es schnell zu handeln, jede Fälligkeit auszuführen und in freiwilliger gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamt und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden. Die eine ohne Hungernot über den Einzelnen und über die Volksgemeinschaft hinwegzuführen muß.

Bauern, Handwerker, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande! Bildet ungeschult Bauernräte!

Der neue Reichskanzler.

Friedrich Ebert, der nunmehrige Reichskanzler, ist erst seit sechs Jahren Mitglied des Reichstages. Im Jahre 1912 wurde er in dem Wahlkreis Elberfeld-Barmen aufgestellt, während Scheide- mann das benachbarte Esslingen vertritt. Ebert ist aus kleinbürgerlichen Kreisen hervorgegangen. Sein Vater war Schneidemeister

in Heidelberg. Hier wurde Friedrich Ebert am 4. Februar 1871 geboren. Er hat die Volksschule in Heidelberg besucht und erlangte dann das Bürgerhandwerk. Was ihm die Volksschule nicht bieten konnte, das hat er durch Selbststudium sich angeeignet. Schon im Jahre 1892 wurde Ebert Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“ und kam später auch in die Bremer Bürgerzeitung als sozialdemokratischer Vertreter. Nachdem Ebert im Jahre 1900 in Bremen Arbeitersekretär geworden war, wurde er fünf Jahre später in den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei gewählt. Außerdem war er Vorsitzender der Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei und dann der Reichstagsfraktion hat es Ebert rasch zu einer einflussreichen Stellung gebracht. Als Zentrumsabgeordneter Friedrich, bis dahin Vorsitzender des Hauptausschusses, zum Präsidenten des Reichstages gewählt worden war, wurde Ebert sein Nachfolger. Nach der Ernennung des Prinzen Max zum Reichskanzler und bei der Bildung des neuen Kabinetts wurde auch Ebert als Ministerpräsident viel genannt. Er trat jedoch nicht in die Regierung ein, stieg sie aber bei jeder Gelegenheit in äußerst wirksamer Weise, wobei er gelegentlich den unabhängigen Sozialdemokraten gegenüber mächtig auftreten mußte.

Gegen den Wucher.

Stuttgart, 12. November. In einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde ein Antrag angenommen, der die Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Wucherpreisen mit dem Tode bestraft.

In Köln wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat allen Brigadepersonen verboten, telephonisch die Redaktionen der Zeitungen um neue Nachrichten anzufragen. Die Bevölkerung erfährt alle wichtigen Nachrichten rechtzeitig durch die Zeitungen.

Deutsches Luftamt.

Ab Berlin, 12. November. Die Reichsleitung beauftragte den Soldatenrat der Fliegertruppe zur Umgestaltung der bisher in den Dienst des Krieges gestellten Organisationen des Flugwesens in eine Friedensorganisation unter dem Namen: Deutsches Luftamt. Dieser Betrieb hat die Aufgabe, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, und zwar auf den Gebieten von Handel, Verkehr, Post, sowie Nahrungsmitteltransporte und Wochendienst zu versehen. Die Adresse ist: Deutsches Luftamt, Charlottenburg, Suarezstraße 81, Telefon: Wilhelm 7230. Der Soldatenrat der Fliegertruppe: Kapper, Pirner, Hildebrand. Im Auftrage der Reichsleitung: Goehre.

Thronverzicht.

Ab Bernburg, 12. November. Der Anhalter „Courier“ meldet: Der Prinzregent verzichtet für Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerrecht. Der Prinzregent legt seinerseits die Regentenschaft des Herzogtums nieder. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

Ab Detmold, 12. November. Fürst Leopold XV. zur Lippe entläßt den Thron.

Ab Oldenburg, 11. November. Die Oldenburger Nachrichten melden, daß Großherzog Friedrich August für sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet hat. Die letzte Willensäußerung des Großherzogs ist die Aufforderung an die gesamte Bevölkerung, Ruhe zu bewahren.

Prinz Max von Baden in Karlsruhe.

Karlsruhe, 11. November. Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden ist gestern in Karlsruhe eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich der Herzog und die Herzogin von Braunschweig.

Ab Berlin, 12. November. Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches selbst den schwersten inneren Umwälzungen tapfer gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten auf. Diese Bürgerausschüsse haben in Verbindung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen und vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Groß-Berlin teilen wir bereits die nötigen Schritte. Der Hansabund: Dr. Kießer.

Dom Kronprinzen.

Abna Amsterdam, 12. November. Die Niederländische Telegraphenagentur erzählt aus Raasticht folgende Einzelheiten über die Ankunft des deutschen Kronprinzen: Heute nachmittags 2 Uhr meldeten sich an der Grenze in Dordrecht drei Automobile an, in denen sich fünf deutsche Offiziere befanden. Sie wurden durch einen holländischen Leutnant interniert. Einer der Offiziere war der frühere deutsche Kronprinz. Nach Abgabe der Waffen mußte die Gesellschaft auf die Ankunft des Garnisonkommandos von Raasticht und das Divisionstammbord der Gendarmerie warten, die den Kronprinzen nach dem Gouvernementsgebäude begleiteten. In Abwesenheit des Kommissars der Königin wurde der Kronprinz von einem Sekretär empfangen. Er blieb mit seinen Begleitern heute nacht in dem Gouvernementsgebäude, vor dem Polizei Wache hält, und wartet dort die Entscheidung über sein Verbleiben in Holland aus dem Haag ab.

Prinz Heinrich in Dänemark.

Kopenhagen, 12. November. Prinz Heinrich von Preußen traf am Freitag in Dänemark ein und zwar in Vandsrup.

Ab Berlin, 11. November. Die auf Freitag, den 15. November, anberaumte Sitzung des Herrenhauses findet nicht statt.

Ab Wien, 12. November. Der Kaiser fuhr mit seiner Familie nach Eckartsau.

Ein Aufruf an die Bevölkerung Elß-Lotharingens.

Abna Straßburg, 11. November. Aufruf an die Bevölkerung Elß-Lotharingens. Die hier verammelten Mitglieder der Zweiten Kammer des elß-Lothringischen Landtages haben sich als elß-Lothringischer Nationalrat konstituiert und aus ihrer Mitte einen provisorischen Verwaltungsausschuss ernannt, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Bürger (Straßburg) Justiz und Kultus, Heinrich (Sarrebourg), Dubs (soziale Fürsorge), Jung (Finanzen), Meyer (Leuten) öffentliche Arbeiten und Verkehrsweisen, Dr. Pfleger (Inneres und Unterricht), Veitrotes (ohne Parteizugehörigkeit), Dr. Klein Präsident des Nationalrates ohne Parteizugehörigkeit. Der Nationalrat und der Ausschuss erwarten von der elß-Lothringischen Bevölkerung, daß sie dieser aus der Mitte ihrer gewählten Vertreter hervorgegangenen Verwaltung Vertrauen entgegenbringt und alles tun wird, um ihnen ihre Aufgabe in dieser vorläufigen ganz kurzen Übergangszeit zu erleichtern. Der Nationalrat und der Ausschuss betrachten als ihre ausschließliche Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Fortführung der Geschäfte bis zur definitiven Regelung unserer Lage. Der Nationalrat macht es sämtlichen Beamten im Lande zur strengsten Pflicht, auf ihrem Posten zu bleiben und ihr Amt weiterzuführen als bisher. Der Nationalrat erwartet auch, daß Arbeiterkraft und Landwirtschaft des Elßes der Stunde sich bewußt, in voller Solidarität ihre Pflicht tun und den Bedürfnissen der Bevölkerung durch reißende Zufuhr der erforderlichen Lebensmittel und Fortführung ihrer Arbeit gerecht werden. Die Elß-Lotharinger bleiben in Kraft. Der Schutz des Gesetzes wird allen Kreisen der Bevölkerung unterschiedslos zuteil werden. Allen politisch Verurteilten wird der Nationalrat volle Amnestie gewähren.

Der Nationalrat.

Der Beschluß des Wiener Staatsrats.

Ab Wien, 11. November. Der Staatskanzler Renner legte dem Staatsrat einen Gesetzentwurf an den morgen tagende Nationalversammlung vor, worin Deutsch-Oesterreich als Republik und als Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird.

Eine Kundgebung des Kaisers Karl.

Ab Wien, 11. November. Der Kaiser erließ folgende Kundgebung: Ein meiner Thronbesteigung war ich unablässig bemüht,

meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen, nationalen Entwicklung eröffnet. Auch wie vor von unumänderlicher Liebe für alle meine Völker erfüllt, mit ich ihres freien Volkstums meine Person nicht als Hindernis in den Weg stellen. Im Voraus erlaube ich die Entscheidung an, dem Deutsch-Oesterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig erlaube ich meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutsch-Oesterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die geordnete Neuordnung befestigen. Das Glück meiner Völker war von Anbeginn das Ziel meiner heißersehnten Wünsche. Nur der innere Frieden kann die Wunden dieses Krieges heilen.

Karl m. v. Samuajsch.

Polen.

Ab Warschau, 10. November. Morgens gegen 10 Uhr wurden die öffentlichen Gebäude, worin die deutsche Zivilverwaltung amtiert, von den Delegierten der polnischen Verwaltung mit Beschlag belegt. Die Räumlichkeiten wurden geschloffen, nur das Gebäude der Versorgungsabteilung („Deutsche Warschauer Zeitung“) wurde nach Besprechung von Mitgliedern des deutschen Soldatenrates mit Rücksicht für den Gebrauch wieder freigegeben. Pilsudski sicherte den Delegierten des Soldatenrates freien Abzug der Deutschen zu. Auf den Straßen werden seit den Morgenstunden die deutschen Offiziere, Soldaten und Beamten von der Bevölkerung, von polnischen Legionären und Studenten entworfen. Dabei kam es zu mehreren Zwischenfällen. Im allgemeinen ist es hier ziemlich ruhig; nur hier und da fallen auf der Straße scharfe Schüsse. Die Miliz ist jetzt mit Gewehren bewaffnet. Starke Patrouillen der Legionäre ziehen unaufhörlich durch die Stadt, wie man sagt, wegen einer in Warschau in Erscheinung getretenen bolschewistischen Bewegung. Der Erlaß des Regimentsrates erklärt die Okkupation für aufgehoben; er ruft die Vertreter aller Parteien zur Bildung einer nationalen Regierung auf. In dem Aufruf des deutschen Soldatenrates wird mitgeteilt, daß die deutschen Soldaten sich vom Kampfe der polnischen Parteien völlig fernhalten werden und nur den Wunsch haben, in die Heimat zurückzukehren. Das Leben der Deutschen ist nicht gefährdet. Züge verkehren heute noch nicht.

Einsatz der Polen in Polen.

Berlin, 12. November. Es liegen verlässliche Meldungen vor, daß auch im polnischen Gebiet polnische Legionäre und disziplinierte Verbände eingesetzt sind und raubend und plündernd Besitz von den Ortschaften ergreifen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat energische Maßnahmen beraten, um die deutschen Volksgenossen in diesem Gebiete zu schützen.

Abna Beuthen, 12. November. Gestern Abend verbreitete sich in ganz Oberschlesien das Gerücht, daß eine mehrtausendköpfige bolschewistische Legion und plündernd auf den Wegen nach Ober-Schlesien sei und die Grenze bereits überschritten habe. Diese Gerüchte schienen noch bestärkt zu werden durch die Alarmierung der Militärkommissionen, und die Aufforderung an die Zivilpersonen, sich sofort in der Kaserne zum Schutze der Grenze einzufinden. Eine ungeheure Panik ergriff die Bevölkerung. Alles machte sich bereit, um die Stadt zu verlassen. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, waren die Gerüchte übertrieben. Dessen ungeachtet wurde aber zum Schutze der Grenze vor etwaigen Einfällen solcher Verbände eine starke Grenzbesatzung aufgestellt, so daß vorläufig eine Gefahr nicht mehr besteht, zumal auch aus anderen Garnisonorten Hilfe erbeten ist.

Schweiz.

Abna Bern, 12. November. Die Gesandtschaft der russischen bolschewistischen Regierung, die immer noch in der Schweiz anwesend war, ist heute unter militärischer Eskortierung in 15 Automobilen von Bern an die Landesgrenze beordert worden. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit ihre Ausweisung beschlossen.

Frankreich.

Die französische Regierung gestürzt?

Wie der „Deutscher“ in Bremen von privater Seite mitgeteilt wird, hat die im Besitz der Arbeiter- und Soldatenrates befindliche Funtentation in der Rocher die Mitteilung abgefangen, daß die französische Regierung gestürzt und Präsident Poincaré aus Paris geflohen ist.

Wie geben die Nachricht der Falschmeldung halber wieder, obwohl sie uns kaum glaublich erscheint. Jedenfalls raten wir hier zur größten Reserve.

Abna Paris, 12. November. Clemenceau sagte in einer Ansprache an die Journalisten, Deutschland habe mit der Kapitulation bis zu seiner Entlassung gepart. Es sei jetzt außer Stande, seine Lebensmittellieferungen auszuführen. Da die Lage in Deutschland und Oesterreich-Ungarn verwickelt sei, würden die Alliierten ihnen bis zum Neuesten beistehen, da sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpften.

Die Stimmung in Frankreich.

Köln, 12. November. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Bern: Aus Frankreich in der Schweiz eingetroffene Reisende berichten, daß die Stimmung in Paris sowohl wie in der Provinz nervös, verworren und hoch gespannt sei. Die überwältigende Mehrheit des Volkes verlangt stürmisch nach Frieden. Die an Macht schnell zunehmenden Gruppen verfolgen mit großer Spannung die schnelle demokratische Entwicklung in Deutschland, von der sie eine Verwirklichung ihrer Ideale erhoffen. Die Ereignisse überwälzen sich derart, daß jetzt schon in den maßgebenden politischen Kreisen Frankreichs die Friedensfrage zurücktritt gegen die politische Entwicklung.

England.

Untergang des Schlachtschiffes „Britannia“.

Amsterdam, 12. November. Die englische Admiralität teilt mit: Das englische Schlachtschiff „Britannia“ ist am 9. November am westlichen Eingang der Straße von Gibraltar torpediert worden und gesunken. 36 Offiziere und 673 Mann find getötet. Die „Britannia“ ist im Jahre 1904 erbaut und hat ein Tonnenmaß von 6350 Tonnen. Seine Besatzung betrug 777 Köpfe.

Englische Absichten auf die Kruppischen Werke.

Amsterdam, 12. November. In der „Daily News“ schreibt General Maurice, es sei wahrscheinlich, daß die Besetzung von Düsseldorf, Köln und vielleicht auch Essen den Engländern überlassen werden würde.

Auflösung im italienischen Heer?

Innsbruck, 12. November. In der italienischen Armee macht der Auflösungsprozess Fortschritte. Die italienischen Soldaten erklären, jetzt sei der Friede da und sie gingen nach Hause wie die Oesterreicher. In der dritten italienischen Armee verweigerten die Soldaten den Gehorsam. Auf die letzte italienische Armee hat die Auflösungsbewegung besonders übergriffen, nachdem sie den Auflösungsprozess bei den Oesterreichern bemerkte.

Sugano, für die Befürchtungen, welche die italienische Regierung bezüglich der Rückwirkung der deutschen Ereignisse auf die Stimmung in Italien hegt. Es ist höchst kennzeichnend, daß, offenbar der Welle der Sentimentalität gehorchend, nicht ein einziges italienisches Blatt mit seinem Wort den Umsturz in Deutschland und Oesterreich-Ungarn erwähnt.

Mobilisation in der Schweiz.

Abna Bern, 11. November. Anstandslos hat der allgemeine äußeren und inneren Lage hat der Bundesrat die sofortige Mobilisation einer Anzahl von Truppenteilen der 1., 2., 4., 5. und 6. Division angeordnet. Augenblicklich ist die Lage ruhig.

Kriegserklärung Rumäniens an Deutschland. Zuerstlichen Nachrichten, die aus Budapest in Berlin eintrifft, belangen, daß die neue rumänische Regierung an Deutschland den Krieg erklärt hat. (S. 3.)

Haag. Die niederländische Regierung gestattete die Rückführung der in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen der Alliierten über holländisches Gebiet. Ebenso dürfen die deutschen Verwundeten und Kranken über holländisches Gebiet nach der Heimat zurückkehren. Durch dieses Entgegenkommen der niederländischen Regierung wird eine bedeutende Entlastung der deutschen Transportmittel herbeigeführt.

Der Rückzug der Bayern aus Tirol.

Wien, 11. November. Die Korrespondenz des Herzogs meldet aus Innsbruck: Die Bayern haben ihren Rückzug aus Tirol fortgesetzt. Die räumten bereits den Brenner, über welchen die Italiener in Autos folgen. Die Italiener organisieren in Südtirol allmählich den Abtransport und die Abrüstung der Truppen in die Heimat. Zur Zeit sollen sich noch etwa 300 000 österreichische Soldaten in Südtirol befinden.

Der Durchzug der deutschen Truppen durch Ungarn.

Budapest, 11. November. Der ungarische Ministerpräsident hält nach wie vor an seiner Forderung fest, daß die Truppen unbehindert durch Ungarn ziehen können. Die einzige Bedingung ist, daß sie die Waffen abliefern.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Änderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Teilweise Erleichterungen.

Berlin, 12. November. Nach einem gestern vormittag 8.25 Uhr vom Eisenbahnministerium gegebene Rundschreiben der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche Oberste Heeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden: Die auf dem rechten Rheinufer nordwestlich der neutralen Zone soll sich bis zu einer Entfernung von 10 Kilometern (statt 30 bis 40 Kilometer) vom Fluß erstrecken. Die Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete muß in insgesamt 30 Tagen (statt 25) bewirkt sein. Die Zahl der auszuführenden Lastkraftwagen wurde auf 5000, statt 10 000, festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen wird vereinbart, daß die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen wird vor Ablauf der Friedensverhandlungen geregelt. Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Österreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Frieden zu Ruhland gehörigen Gebiete, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Abzug der Truppen erachten. Nach Artikel 14 müssen alle Requisitionen, Beschlagnahmen oder Zwangsmaßnahmen der deutschen Truppen, die dazu bestimmt waren, sich Hilfsmittel für Deutschland in Rumänien zu beschaffen, sofort aufhören. Der Zugang der Alliierten zu den geräumten Gebieten an der Ostgrenze, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, soll der Versorgung der Bevölkerung, der Aufrechterhaltung der Ordnung dienen.

Bezüglich Ostafrikas wird bestimmt, daß dieses Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß.

Die Bestimmungen über die U-Boote lautet: Auslieferung aller U-Boote, einschließlich der U-Bootkreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständiger Ausrüstung. Sie fahren nach einem von den Alliierten bestimmten Hafen. Solange, die nicht in See fahren können, werden abgestellt, vom Personal verlassen und unter Aufsicht gestellt. Die Bedingungen dieses Artikels werden in einem Zeitraum von 14 Tagen ausgeführt. Die in internierten Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen 7 Tagen zu verlassen.

Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade der Lebensmittelversorgung Deutschlands nach abgeschlossener Waffenstillstand nicht verhindern wird, in dem Maße, wie sie es für notwendig halten. Es wird jedoch in Artikel 26 folgender Satz hinzugefügt: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschließen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung während des Waffenstillstandes. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage festgesetzt mit der Maßgabe, daß die Verlängerung im Lauf dieses Zeitraumes des Waffenstillstandes, wenn die Parteien nicht einverstanden sind, mit 48 Stunden Wirkung verläßt wird. Um die Ausführung zu erleichtern, wird das Prinzip einer künftigen internationalen Waffenstillstandskommission angenommen.

Das Rheinufer und die Rheinfestungen.

Berlin, 12. November. In dem vollständigen Text der Waffenstillstandsbedingungen heißt es über die Räumung des linken Rheinufers durch die deutschen Armeen wie folgt: Das linke Rheinufer wird durch die britischen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden die Besetzung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge Mainz, Koblenz und Bonn, inbegriffen in einen Brückenkopf von je 30 Kilometer Durchmesser auf dem rechten Rheinufer und außerdem die strategischen Punkte dieses Gebietes besetzen. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen. Sie verläuft zwischen dem Fluß und einer Linie des Flusses gezogenen Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernsheim 40 Kilometer, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 Kilometer östlich des Flusses. Die Räumung dieses rheinischen Gebietes (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren 11 Tagen durchgeführt ist, also im Ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Aus diesen ausführlichen Bestimmungen geht unzweifelhaft hervor, daß auch Biedrich-Wiesbaden zu dem Gebiet gehört, das Besetzung bekommen wird.

Sicherstellung der Ernährung durch die Alliierten.

Vom bayerischen Ministerium des Innern wird folgende Haasnote weitergegeben:

Die Alliierten nehmen darauf Rücksicht, daß durch die Fortsetzung der Blockade die Ernährung nicht behindert wird, wenn der Waffenstillstand unter den von ihnen für nötig erachteten Bedingungen abgeschlossen ist. Folgender Satz wird zu diesem Zweck im Text der Waffenstillstandsbedingungen eingefügt:

Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beabsichtigen sich mit der Ernährung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem als notwendig erachteten Umfang.

Hindenburg an die deutsche Armee.

Berlin, 12. November. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet:

An die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung vollbrachte die Armee Gewaltiges in ständigen Angriffsschlachten und zäher Abwehr. In hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftssorgen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufricht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestritten. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Letzten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsetrag verpflichtet uns schnellstmöglichst eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Eine wichtige Frage.

Punkt 4 des Auszugs aus den Waffenstillstandsbedingungen besagt: Räumung des linken Rheinufers. Es erhebt sich jetzt überall die Frage, ob auch diejenigen wehrfähigen Deutschen, die infolge Entlassung vom Militärdienst, Reklamation oder aus sonstigen Gründen augenblicklich nicht bei den Waffen stehen, ebenfalls das linke Rheinufer verlassen müssen. Es ist dies eine Frage von weittragender Bedeutung, die scheinbar geklärt werden muß.

Zur Beleuchtung der Waffenstillstandsbedingungen.

Deutschlands staatliche und private Bahnen hatten im Jahre 1915 insgesamt 32 272 Lokomotiven, 19 372 Gepäckwagen, 228 533 gedeckte und 496 507 offene Güterwagen. Der normale Zugang betrug bisher jährlich rund 1000 Lokomotiven und 32 000 Güterwagen.

Eine neue deutsche Note an Wilson.

Vorschlag zur schnellen Aufnahme von Friedensverhandlungen.

Berlin, 12. November. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizerischen Regierung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet: Nachdem nunmehr der Waffenstillstand geschlossen ist, bietet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten, zu wollen. Der Vorschlag halber schlägt sie vor, zunächst den Abbruch eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Ort und zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen können. Wegen drohender Lebensmittelmangel legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.

(Gz.) Soli, Staatssekretär.

Wilson über die Aufgaben nach dem Kriege.

Präsident Wilson hat im Kongress eine Rede gehalten, über die das Wall Street Journal folgende dringende Bemerkung gibt:

Washington, 12. November. Drahtlos. Wilson hielt im Kongress eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte:

Das Ziel des Krieges ist erreicht, der bewusste Imperialismus und die Militärdiktatur Deutschlands, die geheim und aus eigener Macht den Frieden der Welt stören konnten, sind vernichtet. Vielmehr als das ist aber erreicht. Die großen Nationen der Welt haben sich zu einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den Frieden aufzurichten, der der Sehnacht der Welt nach uneingeschränkter Gerechtigkeit befriedigen wird, und der in Ausgleich bestehen soll, die auf viel besserer und dauerhafterer Grundlage aufgebaut sein werden, als den selbstischen und konfliktierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn der Regierungen hat sich bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des obersten Kriegsrates in Versailles versicherten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um mit Lebensmitteln und Verpflegung das Elend zu erleichtern. Es sollen weitere Schritte getan werden, um diese Unterstützungsmaßnahmen in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des dringenden Schiffsraums der Mittelmächte soll es alsbald möglich gemacht werden, die unterdrückten Völker vor vollständiger Verelendung zu bewahren und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.

Mit welchen Regierungen werden wir es bei Aufrichtung des Friedens zu tun haben, welche Autorität werden sie uns gegenüberübermitteln, mit welcher Würde, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für meine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn der Frieden geschlossen ist, auf welchen Bedingungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst, geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgelassen sind, die jetzt endlich in Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden ausrufen, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht von ihren Nachbarn und feindlichen Herren beseitigen und sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich vermute, ich zweifle nicht an ihrer Mäßigkeit oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg zur Selbstbeherrschung und zur friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir die Geduld und die Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

Über 10 Milliarden neunte Kriegsanleihe.

Berlin. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, übersteigt das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe zehn Milliarden. Kleinere Zeichnungen stehen noch aus, ebenso die Zeichnungsfrist, für die die Zeichnungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

1. (September 1914)	4 460 728 000 „
2. (Februar 1915)	9 060 000 000 „
3. (September 1915)	12 160 000 000 „
4. (März 1916)	10 712 000 000 „
5. (September 1916)	10 651 000 000 „
6. (März 1917)	13 000 000 000 „
7. (Oktober 1917)	13 000 000 000 „
8. (April 1918)	14 550 000 000 „

England.

Eine Rede Lloyd Georges.

London, 10. November. In seiner Guildhallrede warf Lloyd George einen Rückblick auf das letzte Kriegsjahr. Er schilderte die ernste Lage vom letzten Herbst und das Mittweilige Durchbrechen der Front im Frühjahr und sagte dann u. a.: Die ständigen Armeen sind vernichtet, Bulgarien ist besetzt, der letzte und größte von unseren Feinden ist zurückgeschlagen. Seine Armeen, ehemals die furchtbarste der Welt, ist nicht mehr, die deutsche Flotte sicherlich nicht länger mehr eine Flotte. Kaiser und Kronprinz haben abgedankt. Wir sind kein nachlässiges Volk, aber wenn der Kaiser und Kronprinz nicht entfernt worden wären, würde niemand irgendwelches Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Versicherungen für die Zukunft gesetzt haben. Über die Waffenstillstandsbedingungen sagte Lloyd George, Deutschland habe heute keine Wahl mehr und werde auch morgen keine haben. Deutschland könne nur durch unmittelbare Ergebnisse den Ruin abwenden, sein Schicksal sei besiegelt.

Von England sagte er: Ich habe keine Verzweiflung in der Stunde der Niederlage und keinen Übermut in der Stunde des Sieges gesehen. England wird seine Mäßigkeit im Erfolg bewahren. England wird kein Unrecht tun und kein Recht aufgeben. Der göttlichen Gerechtigkeit und der Grundlage der Zivilisation muß Genüge geschehen. Lloyd George gedachte dann der Schrecken des Krieges und der vielen Millionen der künftigen jungen Leute, die der Krieg der Entzweiung gefolgt habe. Er rühmte auch den Fall der Dominions am Siegel. Den Schluß der Rede bildete ein Appell an die Einheit des Reichs in den kommenden Friedensjahren, wie sie sich im Kriege bewährt habe.

Noch eine Rede Lloyd Georges.

London, 11. November. Unterhaus. Das Haus war überfüllt. Lloyd George, der mit begeisterten Kundgebungen begrüßt wurde, verlas die Waffenstillstandsbedingungen, die, wie er sagte, um 5 Uhr morgens nach einem die ganze Nacht hindurch währenden Beratungen unterzeichnet worden waren. Lloyd George fuhr fort: Heute morgen 11 Uhr endete der

grausamste und furchterlichste Krieg, der je die Menschheit zerfleischt. Ich hoffe, daß an diesem ereignisreichen Morgen der letzte aller Kriege zu seinem Ende kam. (Langer Beifall.) Es ist jetzt keine Zeit zu Reden. Unsere Herzen sind überdovt von Dankbarkeit, für die es keine Worte gibt. Ich beantrage deshalb die sofortige Vertagung des Hauses, um in der Stille Gott um einen Dank für die Befreiung aus großer Gefahr darzubringen. (Beifall.) Die Waffenstillstandsbedingungen zeigten, daß der Krieg nicht wie der angenommen wurde. Auch er glaube, daß die Welt in eine Ära eintrete, in der Kriege etwas Heerwunderbares seien. Die Mitglieder des Hauses begaben sich darauf in feierlichem Zuge zur Kirche.

Rassauische Nachrichten.

Wiesbaden. Der Bezirksverband gibt für den Regierungsbezirk folgende Aus.

Wiesbaden. In einer gewaltigen Kundgebung hat sich gestern nachmittags ein großer Teil der Wiesbadener Einwohnerschaft mit der Einrichtung der neuen Regierungsform durch den Arbeiter- und Soldatenrat verbunden erklärt. Die Kundgebung war auf 3 Uhr angesetzt. Schon lange vorher begann sich der Platz mit Menschen zu füllen. Aus den Kavernen zogen einzelne Truppenteile in geschlossenem Zuge mit Spielleuten an der Spitze an. Bei dem Umfang der Massen mußte die Kundgebung in zwei Abschnitten abgehalten werden. Von der einen Tribüne sprachen der Vorsitzende des Arbeiterrates Stadtverordneter Bauer und Wehrmann Heinemann, von der anderen der Vorsitzende des Soldatenrates Sergeant Lindig. Letzterer pries die Neuordnung der Staatsreform als das einzige Mittel, das deutsche Volk aus diesem ungeliebten Krieg zu retten. Er machte das Kollektiv, die Beamtenherrschaft, den Massenstaat für all das verantwortlich, was bisher an dem Volke gesündigt wurde, indem es in der freien Entwicklung seiner intellektuellen Kräfte behindert war. Das werde und müsse jetzt anders werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat habe es sich zur Aufgabe gemacht, dem Völkchen der Lütchen im Volk freie Bahn zu schaffen. Das Volk werde nun besseren, freieren Zeiten entgegengehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat werde seine ihm nur gegebene Macht dazu bemühen, darauf hinzuwirken, daß jeder Bürger gleichberechtigt neben dem anderen leben könne. Sonderrechte haben aufgehört, zu sein. Alle Beamten bleiben in ihren Ämtern, wenn sie gewillt sind, im Sinne der neuen Staatsform ihres Amtes zu walten. Leben und Eigentum werden geschützt und unantastbar sein. Die Ernährungsfrage sei sichergestellt, und wenn auch der Tisch in der nächsten Zeit noch etwas knapp bestellt sei, es sei aber Bessere getroffen, daß die Verteilung eine gleichmäßige, gerechte und auskömmliche sei. Die Bürger werden ermahnt, in Ruhe und Ordnung den Anordnungen der neuen Regierungsgewalt sich zu fügen und mit Vertrauen den kommenden Ereignissen entgegenzusehen. Die so hart erlittenen Waffenstillstandsbedingungen seien nicht halb so schlimm, als es den Anschein habe. Die Aussicht, als ein freies und mächtiges Volk aus diesem Staatsbankrott herauszukommen, werde all das wieder gut machen, was uns jetzt als ein harter, kaum erträgbarer Schicksalsschlag erscheine. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Umwälzung mit dem Gedanken an eine freie Demokratie, an eine freie Republik, in der alle deutsch gearteten Völker zu festem Zusammenhalt willkommen sind. Die Menge stimmte in das Hoch ein, während die Musikkapelle einen Marsch intonierte. Darauf ordnete man sich zu einem Umzug. Unter Vorantrieb der Musikkapelle zogen die Massen, Soldaten und Zivilisten, größtenteils mit roten Armbändern geschmückt, unter Hochrufen und Schreien einer großen roten Fahne durch die Bahnhofstraße, Rheinstraße, Wilhelmstraße usw. durch die Stadt, während eine große Aufbaumenge die Straßen säumte. Die ganze Kundgebung ist ohne jede Störung verlaufen.

Wiesbaden. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der die revolutionäre Regierung für die Stadt und die Umwandlung von Wiesbaden bildet, versammelte gestern die Vertreter der Wiesbadener Presse zu einer Besprechung. Die Vertreter des Volkswirtschaftsrates des Arbeiter- und Soldatenrates betonten, daß es ihre oberste Aufgabe sei, Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Jedermann in Wiesbaden und Umgebung, ob er der neuen Regierung anhängt oder nicht, soll sich in völliger Stille und Freiheit bewegen können. Der Volkswirtschaftsrat hat die Gewalt des Standgerichts aus und wird jeden Verstoß, Raub oder Mord mit der äußersten Strenge bestrafen. Neben den beauftragten Soldaten werden die bisherigen Polizeibeamten der Sicherheitsdienst wie bisher ausüben. Der Arbeiter- und Soldatenrat will, daß die Freiheit triumphiere, nicht aber die Anarchie. Als Vorkehrungsmaßnahme sei die Anordnung der Abgabe von Waffen aus Militär- und Privatbesitz zu betrachten. Abgegeben sind von Militärs alle Waffen, von den Privaten Gewehre, Brownings, Revolver und moderne Hand- und Stichwaffen. Alte Waffen und Waffenansammlungen von historischem oder künstlerischem Werte kommen nicht in Betracht. Jagdgewehre sind abzugeben, in denen wird dafür gesorgt werden, daß Jagdberechtigte die nötigen Waffen zur Ausübung der Jagd behalten. Alle von Privaten abgelieferten Waffen werden nur auf eine gewisse Zeit aufbewahrt und später den Besitzern zurückgegeben. Das Waffendepot befindet sich in der Infanteriekaserne. Zum Vorkehr wurde Feldwebelmann John ernannt. Im Schloß ist eine Wehrabteilung eingebracht worden. Sehr scharf wird auf Schleichgut gefahndet, namentlich auf solchen, das vom Felde Lebens- und Genussmittel, Kleidungsstücke, Waffen) kommt. Es kommen hierbei nicht etwa die geringen Bestände in Betracht, die von den heimkehrenden Soldaten in ihrem Gepäck mitgeführt werden, sondern von ardueren Vorken, die mit der Bahn befördert werden. Es geschieht dies auf Anordnung des Reichsanwalters Obert. Der Güterbahnhof ist militärisch besetzt. Der Waffendepot wird jede verdächtige Sendung sofort dem Volkswirtschaftsrat melden, der dann die Untersuchung führen und, wenn nötig, die Beschlagnahme verfügen wird. Seiner dringend wurde davon gewarnt, von den österreichischen Soldaten irgend welche Ausrüstungsgegenstände zu kaufen. In jedem bekanntwerdenden Falle werden die Gegenstände weggenommen, jedoch der Käufer den Verlust seines Geldes und der Ware zu befragen haben wird. Dasselbe gilt für Einkäufe von Ausrüstungsgegenständen deutscher Soldaten. Die hier eingewanderten Österreicher und Ungarn werden so schnell wie möglich abgeschoben werden.

Der hiesige Regierungspräsident v. Meister hat sich mit seinem Beamtenstab bereit erklärt, in den Dienst des Arbeiter- und Soldatenrates zu treten, damit in erster Linie der Ernährung im Regierungsbezirk Wiesbaden keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Ruhe ist nirgends gestört, jedoch ist eine starke Einschränkung des Kurverkehrs bemerkbar. In den letzten Tagen waren nur etwa 20 Kurgäste gemeldet.

Im Rathaus wurde einer Dame eine silberne Handtasche gestohlen mit einem silbernen Portemonnaie als Inhalt. Die Tasche enthält 970 Mark Bargeld, 30 Reichsmarknoten, Reisepaß, Kintobilder, 1 Urteil über 6000 Mark, 3375 Mark in Kupons von Kriegsanleihe, ferner am 2. Januar 1919.

Der großen Umwälzung ist auch der seitliche Name des Wiesbadener Hoftheaters zum Opfer gefallen. Auf dem Theaterzettel ist seit gestern der Name „Königliche Schauspielerei“ umgewandelt in „Rassauische Landesbühne“.

Die Vorgesetzten erhielten 4 Leute in Soldatenuniform in einem Hause der Waldmühlensstraße und erklärten, vom Soldatenrat mit der Beschlagnahme des der Familie gehörigen Automobils beauftragt zu sein. Als man ihnen die Herausgabe eines schriftlichen Auftrags verweigerte, erbrachen die Leute den Schuppen und entführten das Fahrzeug. Inzwischen ist es den vereinten Bemühungen der Kriminalpolizei und des Soldatenrates gelungen, das Auto wieder herbeizuschaffen. Die Räuber aber sind unerwartet entkommen. — In der vergangenen Nacht wurde in das Haus des russischen Erzprieesters an der Martinskirche, welcher seitdem er in den Verdacht der Spionage gekommen war, Wiesbaden verlassen hatte, eingebrochen.

Worms. Bei einem Streit erschlug auf offener Straße der 20jährige Arbeiter Ludwig Reichardt seinen eigenen Vater, den 50jährigen Maurer Franz Reichardt. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Keine Annulierung der Kriegsanleihen.

Ab Berlin, 11. November. In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Pflicht habe, die Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das bestimmteste zu dementieren.

* Viehzählung am 4. Dezember 1918. Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluß des Bundesrats vierteljährliche Viehzählungen vorgenommen, deren Ergebnisse für die Beurteilung der Viehhalterverteilung wie der Futtermittelverteilung wichtig und unentbehrlich sind. Die Zählungen erstrecken sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die nächste Zählung hätte am 1. Dezember d. Js. stattgefunden. Da dieser Tag jedoch ein Sonntag ist, und da ferner durch Bundesratsbeschuß eine allgemeine Volkszählung für Mittwoch, den 4. Dezember d. Js. angeordnet ist, wurde bestimmt, daß auch die nächste Viehzählung an diesem Tage stattfinden soll. Durch die Zusammenlegung beider Zählungen auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Ausstellung und die Wiedereinsammlung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

* Abna Eine Kommission des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat sich mit dem Kriegsministerium in Verbindung gesetzt, um dort die Übernahme des militärischen Versorgungswesens durch sozialistische Vertrauensleute der Kriegsgeschädigten in Anregung zu bringen. Vom Kriegsministerium wurde die Prüfung dieser Forderung zugesagt und ihre Erfüllung in naher Zukunft in Aussicht gestellt. Auch über die Beteiligung von Vertrauensleuten der Kriegsgeschädigten an der Verwaltung der amtlichen Fürsorge wurden vom Reichsbund Verhandlungen mit den zuständigen Stellen gepflogen. Auch hier ist eine Lösung im Sinne der Wünsche der Organisation zu erwarten. Durch diese Heranziehung zur Mitarbeit soll die ungeführte Fortführung der für die Kriegsgeschädigten jetzt mehr als je unentbehrlichen sozialen Fürsorge gewährleistet werden.

Höchst, 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat von sämtlichen Bürgermeisterämtern des Kreises Befehl ergriffen und deren Verwaltung übernommen. — Heute mittag fand hier eine Volkskundgebung für die sozialistische Republik statt, an der etwa 2500 Personen teilnahmen. Ansprachen hielten Reichstagsabgeordneter Raute-Eilenburg und die Parteisekretäre Speddy und Walter aus Soben.

Höchst a. M., 11. November. Auf Anordnung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates wurde vom letzten Sonntag an für die Beamten und Arbeiter der Erdwerke ein Mittagsstich mit der gleichen Speisefolge eingeführt, jedoch eine Bevorzugung der Beamten, über die schon seit langem von der Arbeiterchaft geklagt wurde, nimmend in Fortfall kommt. Die gleiche Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrates gilt auch in der Chemischen Fabrik Griethaus — Elektron.

Griethaus a. M., 12. November. In der Chemischen Fabrik Elektron beschlagnahmte der Arbeiter- und Soldatenrat ein großes Lager verborgener Lebensmittel, das zu den bekannten hohen Preisen heimlich im Schleichhandel aufgetauft war und an die Beamenschaft abgegeben werden sollte. Die gesamten Waren werden demnächst zu den gesetzlichen Höchstpreisen an die Bevölkerung verkauft.

Frankfurt. Ueberall Ruhe und Ordnung. Dank der energischen Maßnahmen, die der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat ergriffen hat, verließen auch die beiden verflochtenen Mächte ruhig und ordnungsgemäß. Auf allen Polizeireviere Groß-Frankfurts ist nichts von Zwischenfällen oder unliebsamen Störungen bekannt geworden. Ueberall fügte sich die Bevölkerung den Anordnungen des Soldatenrats auf das bereitwilligste. Ein besonderes Lob muß den Wachmannschaften ausgesprochen werden, die unermüdet ihre Pflicht tun und mit Leib und Seele bei der Sache sind.

Frankfurt a. M., 12. November. Eine historische Stadtverordnetenversammlung. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung erschien ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und erklärte, daß jetzt der Arbeiter- und Soldaten-Rat die höchste Vertretung der Stadt darstelle und daß alle Behörden und Körperschaften von Frankfurt die gegebenen Rechtsverhältnisse anzuerkennen haben. Regelmäßige Tätigkeit der Sitzung würde fortan unter der Kontrolle des A- und S-Rates ausgeübt. Der Vizepräsident der Stadtverordnetenversammlung gab darauf nach kurzer Beratung die Erklärung ab, daß er den Rat als höchste Gewalt der Stadt anerkenne und bereit sei, in seinem Sinne zu arbeiten. Dementsprechend beschloß auch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig. Ebenfalls hat der Magistrat, dem zwei Mitglieder des Arbeiter- und Soldaten-Rates beigegeben werden, die neue Gewalt anerkennen. Am Mittwoch soll auf dem Rathaus die rote Fahne gehißt werden. Der stellv. Polizeipräsident Dr. Singheim gab hierauf der Freude Ausdruck, daß sich der Umschwung in der Stadt ohne Störung vollziehen habe und warnte vor jedem Anschlag gegen die letzte Macht. Er hat sodann, den unstillbaren Gerüchten, die umlieften, mit Nachdruck entgegenzutreten, wobei er mitteilte, daß heute nachmittag leider am Bahnhof geschossen werden mußte. Jetzt müsse alle Kraft den Heimkehrenden gewidmet werden, und wenn der Reichskommissar in Berlin die hiesigen Roststoffe nicht freigebe, dann gäbe sie der Frankfurter Polizeipräsident frei. Die Versammlung genehmigte sodann einstimmig die Einführung des Achtstundens-Arbeitstages in den städtischen Betrieben und bewilligte 50 000 Mark für die Einstellung neuer Hilfskräfte für die Abrüstungsarbeit. 2 000 000 Mark zur Beschaffung von Anzügen für die heimkehrenden Krieger und 800 000 Mark zur Beschaffung von Baustoffen. Schließlich wurde der Bildung einer 15gleitigen Friedenskommission, der auch zwei Frauen angehören sollen, zugestimmt.

— Vereilter Ueberfall auf dem Hauptbahnhof. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, wurde Dienstag früh 4 Uhr ein Ueberfall auf den Hauptbahnhof verübt. In Bebra bemächtigten sich bewaffnete Leute einer Anzahl Wagen und fuhren mit diesen nach Frankfurt. Da man hier frühzeitig von dem Vorhaben Kenntnis erhielt, räumte man den Bahnhof und stellte die Wachen mit Maschinengewehren bereit. Als der Zug in den Bahnhof einlief, feuerten die Wachen auf die Wagen, worauf diese mit Maschinengewehren antworteten. Die Schießerei dauerte nur kurze Zeit, worauf sich die Angreifer entfernten. Einige Personen wurden leicht verletzt.

— Mainz, 10. November. Die hiesige Stadt zeigt heute das gewohnte ruhige Bild wie vor der Revolution. Nur die zahlreichen Militärpatrouillen zu Fuß und zu Pferd, die an den den linken Arm getragenen roten Binden erkennen sind, erinnern an den vollzogenen Umschwung der bisherigen Ordnung. Seitens des Arbeiter- und Soldatenrats sind in einem überall angehängten Auftruf die strengsten Warnungen vor Gewalttätigkeiten und Bluträufen erlassen worden. Derartige Gewalttätigkeiten werden, wie der Auftruf besagt, mit dem Tode bestraft. Soldaten und Offiziere, welche letztere sich allerdings sehr selten in Uniform auf der Straße zeigen, tragen bereits auch wieder die Achselstücke und Rangabzeichen. Im übrigen fügt sich Militär wie Zivil widerstandslos in die neuen Verhältnisse, und nirgends ist eine Störung der Ordnung zu bemerken. Um die Schulleben in der aufgeregten Zeit möglichst von der Straße fernzuhalten, hat der Oberbürgermeister angeordnet, daß der infolge der Grippe ausgesetzte Unterricht nicht erst am nächsten Donnerstag, sondern bereits am Montag früh halb 9 Uhr wieder überall in den Volksschulen und höheren Lehranstalten beginnen soll.

— Mainz. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde mitgeteilt, daß die Bürgermeisterei und alle städtischen Beamten an ihrem Plaze verbleiben und die städtischen Betriebe in ungeführter Weise weitergeführt werden. Man rechnet damit, daß die fremde Besetzung bis morgen in 14 Tagen hier eintrifft, glaubt aber, daß zwischen der Räumung und dem Eintreffen der neuen Besetzung

eine Frist eintritt, während der für den Schutz der Stadt Sorge getragen werden muß. Man plant deshalb, eine Bürgerwehr ins Leben zu rufen. Am wichtigsten aber für die Ruhe in der Stadt ist die Ernährungsfrage wegen der Bestimmung, daß die Befahrung mit verpflegt werden muß. Es wurde beschlossen, sich mit Köln und Koblenz ins Einvernehmen zu setzen. Es wurde ein Rotstandsausschuß gebildet, dem die Vertreter der Parteien angehören.

Mainz. Ein Herr aus der Nachbarschaft, der hier des „Neuen“ zu viel getan, schloß auf einer Bank in der Stadt ein. Diese Gelegenheit benutzten zwei Diebe, um dem Eingeschlafenen die Börse mit einem größeren Betrag und die goldene Uhr zu rauben. Der Kriminalpolizei glückte es, die Übeltäter zu verhaften.

Bermischtes.

Ein erschütterndes Bild von der Grippe. Von den Bewohnern, die die Grippe in manchen Familien anrichtet, gibt ein Bericht einer „Schneidemühler Zeitung“ aus Weichenhöhe ein erschütterndes Bild. Kommt des Abends Besuch zu einer Frau. Alle Türen sind offen, in der Küche und in der Wohnstube brennt Licht, niemand meldet sich auf den Ruf des Besuchers. In der Schlafstube findet er die Frau im Bett liegend, an der Grippe schwer erkrankt und mit hohem Fieber. Die Kranke hält ihr kleines Kindchen im Arm. Der Besuch will das Mädchen rufen, geht in die Mädchenkammer, dort liegt das Mädchen tot im Bett. Bei weiterem Suchen findet er den in der Wirtschaft an Rufen tot vor seinem Bett liegend.

Die königlichen Theater auf genossenschaftlicher Grundlage. Im Berliner Opernhaus sowie im Schauspielhaus fanden Versammlungen des gesamten künstlerischen Personals statt, in denen nach dem Vorbild der Arbeiterrotte ein Künstlerrat gewählt wurde, der den Auftrag bekommen hat, sich mit der neuen Regierung in Verbindung zu setzen über die Fortführung der beiden Theater auf genossenschaftlicher Grundlage. Der bisherige Generalintendant ist abgetreten worden, zur Klärung der Verhältnisse steht mit dem Hausministerium Fühlung zu nehmen.

Lübeck. Eine unerwartete Wendung nahm das Betragen eines Servierfräuleins, das in einem Hotel eines Badeortes bei Lübeck beschäftigt war. Als hier zwei Damen, die dort zehn Tage lang gewohnt hatten, ihr zum Abschied 3 Mark Trinkgeld boten, erklärte die Maid dies für unzureichend und begehrte ohne weiteres 8 Mark, wobei sie noch die Drohung aussprach, daß sie bis zur Zahlung die Koffer zurückbehalten werde. Die Damen zahlten 8 Mark und erstatteten Anzeige wegen Erpressung. Das Gericht gab dem Antrag statt, denn es liege zweifellos Erpressung vor und verurteilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis. Die Strafkammer als Berufungsinstant bestätigte das Urteil.

Bundes Misset.

Koblenz. In der Nacht zum Samstag wurden aus einem hiesigen Speditionslager 131 Kisten mit 8 Millionen Kigaretten der Firma Reuerburg-Lier gestohlen.

Essen. Eine Wächterin der Essener Bach- und Schließgesellschaft überfiel heute eine Eindrehende auf frischer Tat und nahm ihr, die Beute, bestehend aus 46 Flaschen Wein und Schließfäden mit Obst, ab. Die Diebe entkamen in der Dunkelheit.

Bottrop. In Bottrop, Karnap und Horst wurden eine Anzahl Personen verhaftet, die auf dem Vorbahnhof in Bottrop Eisenbahnwagen, darunter Post- und Feldpostwagen, erbrochen und große Mengen Stückgüter geraubt hatten.

Rognat und Grippe. Durch königlichen Erlass ist in Norwegen bestimmt worden, daß wegen der Grippeepidemie jedem Haushalt ohne Rücksicht auf das geltende Alkoholverbot eine halbe Flasche Rognat oder Whisky geliefert werden soll.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 13. November 1918.

Das „Berliner Tageblatt“ fordert die bürgerlichen Offiziere auf, sich wieder auf den Straßen zu zeigen, um darzutun, daß ein sehr erheblicher Teil des bürgerlichen Offizierskorps seinen Anschluß an die Revolution vollzogen hat und das Vertrauen des Publikums zur neuen Ordnung zu verstärken.

Ein Ruffe, der einen Raubüberfall auf eine Frau gemacht hat, wurde, nachdem er ein Geständnis abgelegt hatte, sofort auf dem Hofe des Polizeipräsidiums standrechtlich erschossen.

Bei den vorgestrigen Ausschreitungen am Alexanderplatz wurden zwei Personen getötet, zwei andere schwer verletzt.

Abna Hannover, 12. November. Am Bahnhof und in der Reichstraße kam es gestern nacht zu einer heftigen Schießerei zwischen Sicherungspatrouillen und Räuberbanden, die mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren ausgerüstet über zwei Automobile verfügten. Die Sicherungspatrouillen brachten 34 Personen ein, wovon die Hauptverbrecher heute morgen standrechtlich erschossen wurden.

Abna Berlin, 12. November. Die Regierung hat an den Staatssekretär des Reichsmarineamts folgendes Telegramm geschickt:

Wir bitten für die gesamte Marine anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung in der Marine unter allen Umständen aufrecht zu erhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine, nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauenskommissionen gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen. Alle Beschädigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuwirken, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und reiflos durchgeführt werden. Die Marine möge sich bewußt sein, daß von ihrer gewissenhaften, pflichttreuen Mitwirkung bei der Ausführung des Waffenstillstandes alles abhängt. Wir bekommen Frieden nur, wenn wir die uns auferlegten Bedingungen des Waffenstillstandes getreulich erfüllen.

gez. Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Vorstehenden Erlass bringe ich zur Kenntnis der Marine.

Ritter v. Mann-Heckler, Staatssekretär des Reichsmarineamts.

Der Soldatenrat des Reichsmarineamts und Admiralsstabes empfiehlt allen Soldatenräten der Marine dringend nach vorstehendem Regierungserlass zu verfahren, damit alle Anordnungen militärischer Art keinen Aufschub erleiden, sonst würde die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen aufs Äußerste gestört und damit die baldige Herbeiführung des Friedens in Frage gestellt werden.

Ueber die Bildung eines Marine-Aktions-Ausschusses für die gesamte Marine im Reichsmarineamt erfolgt weitere Mitteilung und Einladung zur Entsendung von Delegierten im Einvernehmen mit der Regierung.

Der Soldatenrat des Reichsmarineamts und des Admiralsstabes.

gez.: Loren, Ulrich.

Schwarz-rot-goldene Armbinde.

Berlin, 13. November. Der Soldatenrat hat für seine Mitglieder die schwarz-rot-goldene Armbinde als Abzeichen der deutschen Demokratie eingeführt.

Die Fortschrittliche Volkspartei und die Lage.

Berlin 13. November. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat gemeinsam mit Mitgliedern der Reichstags- und der Landtagsfraktion der Partei einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Fortschrittliche Volkspartei erhebt flammenden Protest gegen Waffenstillstandsbedingungen, die ein ganzes Volk mit Hunger bedrohen, die allen Voraussetzungen eines Rechtsfriedens hohn sprechen und einem Völkerverbund von vornherein die äußersten Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie rufen die

Völker der Kulturwelt auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen Triumph des Imperialismus zu verhindern. — Die innere Neugestaltung soll sich in wahrhaft demokratischer Form vollziehen. Eine Volksvertretung darf sich nur auf Volksabstimmung stützen. Deshalb ist sofort nach Beschluß des letzten Reichstages in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen, die über staatliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutze der Minderheiten bedarf es dabei überall der Verhältniswahl. Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Aufbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. Jede wie immer geartete Diktatur und Klassenherrschaft ist verwerflich.

Scheidemann über Lloyd Georges Rede.

Abna Berlin, 12. November. Zur letzten Rede Lloyd Georges äußerte sich das Mitglied der neuen deutschen Regierung Scheidemann: Lloyd George baut den Triumph über die unglückliche Lage des deutschen Volkes auf zwei Punkten auf: Er preißt die Vernichtung des deutschen Volkes, weil es an der Kriegspolitik seiner alten Regierung einseitlich mit Schuld sei. Er preißt die Einigkeit des englischen Volkes und Reiches, das immer noch so einseitlich hinter der Kriegspolitik der Regierung stehe. Von diesen Behauptungen ist eine so unwahr, wie die andere. Lloyd George weiß sehr wohl, daß seine Kreise des deutschen Volkes sogar ein großer Teil seiner alten Regierung, die von der früheren Obersten Heeresleitung befolgten Grundzüge nicht gebilligt hat. Dieser Mißbilligung ist auch vor der Zeit wiederholt ungeheurer Ausdruck gegeben worden. Lloyd George weiß ebenjogut, daß die von ihm gepriesene Einigkeit des englischen Volkes in Wirklichkeit nicht besteht. Durch die englischen Völker, Heere und Flotten geht derselbe scharfe Gegensatz zwischen einer im Dienste der kapitalistischen Eroberungspolitik stehenden Leitung und den Massen, die es müde sind, sich von dieser Leitung den fürchterlichen Kampf gegen die Brüdervölker weiter aufzwingen zu lassen, zumal dort die Erinnerung an einen Zustand noch frisch ist, wo die alten Freiheiten des Bürgers noch nicht der Einführung des kontinentalen Militarismus zum Opfer fielen. Lloyd George ist so unvorsichtig, diese Massen seines Volkes durch ein Triumphgeschrei selbst auf den Grund seiner imperialistischen Politik bilden zu lassen. Er verkündet offen, die von Deutschland den Entente-Ländern brüderlich angebotene Versöhnung solange hinausgezögert zu haben, damit in Deutschland die letzten Stützen der Ordnung unter der furchtbaren Last zusammenbrechen sollten. Das deutsche Volk ist in diesen großen Tagen dabei, Lloyd George zu beweisen, daß seine sich selbst gegebene Ordnung dieser furchtbaren Last voll Stand hält. Am englischen Volke und den anderen Völkern der Entente wird es sein, die Stunde der Weltbefreiung zu einer unzweideutigen Abfrage am Imperialismus ihrer Regierungen zu benutzen.

Die „Times“ zu Solfs Appell.

Rotterdam, 12. November. Die „Times“ schreibt zu dem Appell Solfs an den Präsidenten Wilson: Solf braucht nur die Waffenstillstandsbedingungen vorzunehmen, um zu sehen, daß die Verbündeten und die Vereinigten Staaten die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln während des Waffenstillstandes erwenden, wenn das sich als notwendig herausstellen sollte. Das sei sowohl gerecht wie vernünftig, denn es liege im Interesse der Verbündeten, eine feste Regierung in Deutschland zu stiften, damit eine verantwortliche Macht vorhanden sei, womit die Entente verhandeln könne. Die innere Lage Deutschlands sei gefährlich. Mit einem großen Volke, welches in chaotische Zustände verfallen sei, könne man keinen gerechten, dauerhaften Frieden schließen. Die Frage der Ordnung Europas sei wichtiger als territoriale Regelungen. Man könne nicht warten, sie müßte zuerst geregelt werden, bevor von Frieden oder Gründung eines Völkerverbundes die Rede sein könne. Es sei daher die erste Pflicht und das größte Interesse der Verbündeten die Errichtung eines freien, ordnungsliebenden Deutschlands zu verbürgen.

Der Abzug Madensens.

Wien, 13. November. Madensens Armee aus Rumänien ist bereits auf dem Marsche. Ueber Kronstadt sind 20 000 Mann, über Hermannstadt 35 000 Mann, über Orsova 10 000 Mann, über den Saurut-Paß sind 4000 Mann marschiert. Die aus Serbien zurückkehrenden deutschen Truppen haben gegen die nachdrängenden Serben die Eisenbahnschienen aufgerissen. Ueberdies hat General Franquet die aus Serbien in Ungarn eingebrachten Truppen zurückkommandiert. Madensens soll bei seinem Rückzug bisher keinen Widerstand gefunden haben.

Verstärkung des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 13. November. Der Eisenbahnverkehr nach und von allen Teilen des Reiches ist heute verstärkt worden. Der Reiseverkehr wickelt sich ohne jede Störung ab, nur sind alle Züge stark überfüllt und treffen mit großen Verspätungen ein. Auch im Laufe dieser Woche werden täglich neue Schnell- und Personenzüge eingestellt. Auch der Güterverkehr, soweit er den Transport von Lebensmitteln, Kohlen und sonstigen wichtigen Produkten betrifft, vollzieht sich durchaus einwandfrei.

Bevorstehende Besetzung Innsbrucks durch Italiener.

Wien, 13. November. Nach hier vorliegenden Meldungen steht die Besetzung Innsbrucks durch die Italiener bevor.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwestdeutsche bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten und Kupfertiefdruck-Beläge Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis: monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20 Probenummer kosten- und porto frei

Welt über 150 000 Abonnenten

Präm. Gold. Medaille



Paul Rehm,
Zahn-Praxis

Wienbaden, Friedrichstr. 50, I.

Zahnschmerzbesichtigung, Zahnziehen, Nervtöten Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m.

Sprechst.: 9-6 Uhr. Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.